

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t

über die Sitzung des Gemeinderates Pfarrkirchen bei Bad Hall am Freitag, den 6. März 2009, um 19.00 Uhr, im Sitzungszimmer der Gemeinde.

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.20 Uhr

- anwesend: 1) Bgm. Herbert Plaimer als Vorsitzender;
- 2) die GVM. Vbgm. Alfred Jungwirth, Peter Pihoda, Michael Hausmann, Franz Mayrhofer, Ing. Johann Gruber und Günter Werner.
 - 3) die GRM. Gabriele Diwald, Elfriede Lindner, DI Dr. Walter Hinterberger, Sieglinde Pihoda, Herta Jungwirth, Jürgen Irkuf, Franz Irkuf, Eva Maria Hüttemeyer, Kahtarina Brandstätter, Johann Zeilinger, , Walter Striegl, Dipl.-Ing Gerhard Deimek u. Kornelia Haselsteiner;
 - 4) die EM. Wolfgang Knogler, Sabine Knoll, Maria Stöger, Heinz Straßmayr und Gerhard Stanzinger.

abwesend: die GRM. Johann Pramhas, Alfred Orlando, Karl Huber, Gerhard Neudecker u. Erich Lattner jun.

T a g e s o r d n u n g :

- 1) Rechnungsabschluss 2008:
 - a) Prüfung durch den örtl. Prüfungsausschuss;
 - b) Genehmigung;
- 2) Erstellung eines Teilbebauungsplanes (Fa. Kienbacher GesmbH);
- 3) Kulturverein Mühlgrub – Ansuchen um Befreiung von der Lustbarkeitsabgabe;
- 4) Ehrung;
- 5) Sanierung der Wilhelm-Fein-Straße – Auftragsvergabe;
- 6) Subventionen 2009;
- 7) Ansuchen um Beitrag aus der Fassadenaktion;
- 8) Personalangelegenheiten; Änderung des Dienstpostenplanes – Beschäftigungsausmaß Buchhaltung u. sonst. Bedienstete (Busbegleitperson);
- 9) Oberflächenentwässerung Felberbauernberg „Antrag gem. § 46 Abs. 2 OÖ. GemO 1990;
- 10) Bericht über Einschau in die Gemeindegebarung durch die BH Steyr-Land;
- 11) Allfälliges.

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigen hiezu gemäß vorliegendem Zustellnachweis an alle Gemeinderatsmitglieder rechtzeitig und schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte erfolgt sind und
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Bürgermeister bestimmt AL. Franz Kaip zum Schriftführer dieser Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung: Totengedenken an verst. Frau Hildegard Mayrbäurl, die von 1955 – 1967 dem Gemeinderat angehört hat.

TOP 1) Rechnungsabschluss 2008;

- a) Bericht über Prüfung durch den örtl. Prüfungsausschuss;

Bgm. Plaimer erteilt dem Obmann des örtl. Prüfungsausschusses, Herrn GRM. Walter Striegl, zur

Berichterstattung das Wort. Dieser führt aus:

Der Prüfungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 17.2.2009 den Rechnungsabschluss 2008 eingehend geprüft und festgestellt, dass die auf den Seiten 111 bis 117 angeführten Ausgabenüberschreitungen der Haushaltsansätze um mehr als 10 % bzw. mehr als € 1.500 den Grundsätzen der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit entsprechen.

Antrag:

Der Prüfungsausschussobmann beantragt, der Gemeinderat möge daher den Prüfbericht vom 17.2.2009 betreffend den Rechnungsabschluss 2008 in vor liegenden Form beschließen.

Beschluss:

Der Antrag des Prüfungsausschussobmannes wird einstimmig angenommen .Der Prüfbericht vom 17.2.2009 betreffend den Rechnungsabschluss 2008 gilt daher in der vorliegenden Form als beschlossen.

b) Genehmigung;

Der Bürgermeister berichtet:

Der Rechnungsabschluss 2008, welcher durch die Gemdat ausgedruckt wurde, lag in der Zeit vom 16.02.2009 bis 03.03.2009 im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsicht auf. Während dieser Zeit stand es jedermann frei, gegen den Rechnungsabschluss und die Vermögens- und Schuldenrechnung der Gemeinde schriftlich Erinnerungen einzubringen. Es ist festzustellen, dass bei folgenden Ausgabenansätzen Überschreitungen des Voranschlages um mehr als 10 % und zugleich mehr als 1.500,-- € vorliegen.

lt. RA 2008 (Seite 111 – 117)

Diese Überschreitungen erscheinen gerechtfertigt und bedürfen noch der Genehmigung durch den Gemeinderat.

Laut Gesamt-Istrechnung haben die Einnahmen	€ 4,029.045,36
und die Ausgaben	€ <u>4,185.098,14</u>
betragen, sodass am Jahresende ein negativer Ist-Bestand vorhanden ist.	€ 156.052,78

Im ao. Haushalt beträgt das laufende Anordnungs-Ist der Einnahmen	€ 375.860,00
und das der Ausgaben	€ <u>585.653,74</u>
sodass der ao. Haushalt mit einem tatsächlichen Ist-Abgang von abschließt.	€ 209.793,74

Der Schuldenstand der Gemeinde hat sich im Jahre 2008 durch die Darlehensaufnahme für den Straßenbau (und getätigten Rückzahlungen) von € 1,389,790,07 auf € 1,397.088,66 erhöht.

Im ordentlichen Haushalt betragen die Soll-Einnahmen	€ 2,483.431,82 und
die Soll-Ausgaben	€ <u>2,481.982,51</u> , sodass
ein SOLL-ÜBERSCHUSS von	€ 1.449,31

gegeben ist.

Vermerk: Die Vermögensrechnung liegt bei.

Die auf den Seiten 111- 117 angeführten Ausgabenüberschreitungen werden eingehend durchgesprochen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge den Rechnungsabschluss 2008 in der vorliegenden Form genehmigen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig beschlossen. Der Rechnungsabschluss 2008 gilt daher in der vorliegenden Form als beschlossen.

TOP 2) Erstellung eines Teilbebauungsplanes (Fa. Kienbacher GesmbH);

Der Bürgermeister berichtet:

Mit dieser Angelegenheit hat sich der Gemeindevorstand bereits in der Sitzung vom 25.9.2008 beschäftigt und es wurde berichtet:

Mit Schreiben vom 12. September 2008 teilte das Land Oberösterreich, Abt. Raumordnung der Gemeinde mit, „dass überörtliche Interessen im besonderen Maße durch die Lage des Planungsgebietes an der L 1362 Mühlgruber Straße berührt werden; die Vorlage zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung ist demnach erforderlich. Ein Widerspruch zum - derzeit zur Genehmigung vorliegenden Flächenwidmungsplan - ist nicht gegeben.“

Die Ausdehnung der Schutzzone im Sinne des lärmschutztechnischen Gutachtens wurde in den Bebauungsplan eingearbeitet.

Im Sinne der naturschutzfachlichen Stellungnahme des Regionsbeauftragten für Natur- und Landschaftsschutz wurde für den bebaubaren Bereich innerhalb der Nutzungsschablone 2 die max. Gebäudehöhe auf 5,0 m reduziert.

Der zu beschließende Bebauungsplan lag zur öffentlichen Einsicht in der Zeit vom 28.01.2009 bis 26. Februar 2009 auf.

Frau Schneider und Frau Martinek haben in das Planwerk Einsicht genommen und es wurden ihnen Kopien ausgehändigt. Ebenso wurde von den Familien Schneider und Martinek das Rechtsanwaltsbüro Saxinger, Linz eingeschaltet und von RA Dr. Nußbaumer wurden weitere Unterlagen angefordert und es liegen entsprechende Einwendungen vor.

Herr Kienbacher hat schriftlich erklärt, dass jene Fläche, die im Flächenwidmungsplan als MB ausgewiesen wird, auch im Grundstückskataster als Grundstück ausgewiesen wird. Es wird daher der aufgelegene Plan bis zur Sitzung des Gemeinderates dahingehend noch geändert.

Den Anrainern Schneider und Martinek wird diese Änderung zur Kenntnis gebracht.

Nach Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde, Mag. Stöttinger, ist diese Änderung und Beschlussfassung im Gemeinderat möglich, weil sich dem Inhalt nach nichts verändert. Diese Ansicht vertritt er auch in einem eventuellen Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof.

Auch der OÖ. Gemeindebund verweist in seiner Stellungnahme auf die vorherige Anhörung der durch die Änderung Betroffenen.

In der Folge wird auf die Stellungnahmen der Anrainer etwas näher eingegangen.

Mit Schreiben vom 19.02.2009 gaben die Ehegatten Gabriele und Peter Schneider, Tassiloweg 3 und mit Schreiben vom 20.02.2009 die Ehegatten Marianne und Mag. Martinek, Tassiloweg 5 ihre Stellungnahme bzw. Einwände zum Bebauungsplan Nr. 33 „Kienbacher“ ab.

Es wird behauptet, dass der Bebauungsplan Nr. 33 „Kienbacher“ offenkundig rechtswidrig ist, weil die Errichtung und betriebliche Nutzung von Gebäuden auf den in Rede stehenden Flächen durch die Oswald Kienbacher GmbH in einer Intensität und einem Ausmaß ermöglicht wird, wie es mit den einschlägigen Bestimmungen des OÖ.

Raumordnungsgesetzes 1994 und der OÖ. Bauordnung 1994 unvereinbar ist. Weiters

behaupten sie die Rechtswidrigkeit des Flächenwidmungsplanes Nr. 7 samt Örtliches Entwicklungskonzept Nr. 1, Änderung 3.

Mit diesen Änderungen soll eine Erweiterung des Betriebes Kienbacher GmbH ermöglicht werden. Sie behaupten auch, dass die abgeschwächte Form der Flächenwidmungsplanänderung rechtswidrig ist, wie der erste Änderungsversuch. Begründet wird dieser Einwand mit dem Hinweis auf die gutachtlichen Stellungnahmen der Abteilung Umwelt- und Anlagentechnik vom Amt der OÖ. Landesregierung vom 04.07.2007 und 21.06.2007, sowie der Abteilung Raumordnung und des Regionsbeauftragten für Natur- und Landschaftsschutz im Bezirksbauamt Linz vom 29.06.2007, die mit der Änderung des vormaligen Widmungsstandes nicht in Übereinstimmung zu bringen ist.

In den weiteren Punkten ihrer Einwendungen werden Passagen der genannten Stellungnahmen zitiert, in der u.a. Schutzabstände gefordert werden, die auf eine Widmung Betriebsbaugelände abstellen.

Diese Einwände wurden im Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes eingehend erörtert. Die umzuwidmende Fläche wurde wesentlich verkleinert, da keine Produktionsstätte entstehen soll. Die Widmungsabsicht Betriebsbaugelände wurde in gemischtes Baugebiet (MB) geändert.

Diese Änderung erfolgte aufgrund einer Interessenabwägung und in der Absicht, mit den Rahmenbedingungen des OÖ. Raumordnungsgesetzes die Anrainer vor unzumutbarer Immissionen zu schützen, andererseits den Betrieb in seiner Entwicklung nicht zu hindern. Durch die Genehmigung dieser Änderungen im Flächenwidmungsverfahren sieht sich der Gemeinderat in seiner Handlungsweise bestätigt.

Die Erstellung des Bebauungsplanes und dessen Beschlussfassung soll ebenfalls dazu dienen, dass einerseits die Anrainer geschützt werden, andererseits der Betrieb in seiner Entwicklung nicht behindert wird, bzw. sollen Regelungen einer geordneten Bebauung, wie z.B. Höhe der Gebäude, Eingliederung in das Landschaftsgefüge, getroffen werden.

In das Naherholungsgebiet Kurpark wird auch durch die Erstellung eines Bebauungsplanes nicht eingegriffen, weil dieser nicht im Gemeindegebiet von Pfarrkirchen, somit nicht in der Planungshoheit der Gemeinde, liegt. Die Nutzung der durch den Sulzbach abgetrennten Fläche soll in Übereinstimmung mit der im Flächenwidmungsplan ausgewiesenen Fläche gewährt werden.

Auf die weiteren Einwände wird nicht eingegangen, weil diese erst in einem gewerbe- und baubehördlichen Verfahren auf die Übereinstimmung mit den maßgeblichen Rechtsvorschriften geprüft werden können.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge den vorliegenden Bebauungsplan Nr. 33 „Kienbacher“ in der vorliegenden Form beschließen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Der vorliegende Bebauungsplan Nr. 33 „Kienbacher“ gilt daher als beschlossen.

TOP 3) Kulturverein Mühlgrub – Ansuchen um Befreiung von der Lustbarkeitsabgabe

Der Bürgermeister berichtet:

Bereits mit Schreiben vom 12. Nov. 2008 hat der Kulturverein Mühlgrub ein diesbezügliches Ansuchen gestellt. Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung vom 27. Nov. 2008 jedoch keinen Beschluss gefasst mit der Begründung, dass vorher die im Jahr 2008 vom Kulturverein abgehaltenen Veranstaltungen beim Gemeindeamt Pfarrkirchen abzurechnen sind, um einen

Überblick über das Ausmaß der Lustbarkeitsabgabe zu erhalten.

In der Zwischenzeit wurden vom Kulturverein diese Veranstaltungen aus dem Vorjahr abgerechnet, wobei als Gesamtergebnis der Lustbarkeitsabgabe ein Gesamtbetrag von € 333,11 ermittelt wurde.

Gemäß § 3 Abs. 1 Z 3 des OÖ. Lustbarkeitsgesetzes 1979 unterliegen Veranstaltungen, die ausschließlich zum Zwecke der Wissenschaft und Kunstpflege bzw. Volksbildung ohne Absicht auf Gewinnerzielung erfolgen, nicht der Abgabepflicht.

Da die Begriffe „Kunstpflege“ bzw. „Volksbildung“ auch die Kulturpflege mit einschließen, können auch Veranstaltungen, die unter dem Titel „Kulturpflege“ angehalten werden den Befreiungstatbestand unter der Voraussetzung erfüllen, dass damit keine Gewinnabsicht verbunden ist.

Es kann davon ausgegangen werden, dass sämtlichen vom Land Oberösterreich subventionierten Kulturvereinigungen jedenfalls keine Erwerbsabsicht zugrunde liegt. Die Subventionierung durch das Land Oberösterreich ist gegebenenfalls in geeigneter Weise (Subventionszusage bzw. Bestätigung des Amtes der o.ö. Landesregierung) nachzuweisen.

Mit Schreiben vom 30. Juli 2008 der Kulturabteilung des Landes wurde dem Kulturverein Mühlgrub zur Anschaffung des Kulturzeltes eine Subvention in Höhe von € 2.000,-- gewährt.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass der Kulturverein Mühlgrub bei der Durchführung von kulturellen Veranstaltungen bis 31. Dez. 2010 von der Lustbarkeitsabgabe befreit wird.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass der Kulturverein Mühlgrub bei der Durchführung von kulturellen Veranstaltungen bis 31. Dez. 2010 von der Lustbarkeitsabgabe befreit wird.

TOP 4) Ehrung;

Der Bürgermeister berichtet:

GRM.a.D. Georg Gutbrunner mit Wirkung vom 1.11.2008 nach fast 30 Jahren im Gemeinderat auf sein Mandat aus gesundheitlichen Gründen verzichtet.

Georg Gutbrunner war in der Zeit von 12/1987 – Okt. 2003 auch Mitglied des Gemeindevorstandes und hat in vielen Ausschüssen (Wasser u. Kanal, Straßenausschuss, Bauausschuss, Jagdausschuss usw.) sehr engagiert mitgearbeitet und als Obmann des Straßen- und Bauausschusses sowie als Obmann des Jagdausschusses sehr erfolgreich für Pfarrkirchen gearbeitet.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass Herrn GRM. a.D. Georg Gutbrunner für seine langjährige und äußerst engagierte Arbeit als Mitglied des Gemeinderates zum Wohle der Pfarrkirchner Bevölkerung der Ehrenring der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall verliehen wird.

GVM. Mayrhofer:

Uns freut es, dass der ehem. Mitglied des Gemeindevorstand Georg Gutbrunner diese Ehrung bekommt. Er hat sich diese Ehrung reichlich verdient er ist über 30 Jahre lang für die Bevölkerung von Pfarrkirchen tätig gewesen und sich eingesetzt. Was uns aber besonders freut, ist, dass der Antrag vom Bürgermeister kommt und auch er sieht, dass ein ÖVP-Gemeinderat was leistet und geehrt wird.

Bgm. Plaimer:

Warum kommt der Antrag vom Bürgermeister. Natürlich sieht jeder Bürgermeister, das ist auch seine Aufgabe, seine Gemeinderäte gleich. Gleich welches Couleur, gleich welcher Fraktion. Ausschlaggebend ist das Wohl der Pfarrkirchner und der Bevölkerung in den Gemeinden. Es tut mir leid, dass Georg Gutbrunner aufgehört hat. Er war das ältere Mitglied des Gemeinderates und mit seinem Abgang hat er mich zu seinem alten Nachfolger erkoren. Georg Gutbrunner und ich sind viele Jahre gemeinsam im Vorstand gesessen, in den Ausschüssen und im Gemeinderat gesessen. Wir haben uns gegenseitig geschätzt, trotz aller Diskussionen, die wir auch miteinander gehabt haben. In Summe war es ein gute Zusammenarbeit und 30 Jahre sind ein Verdienst, der auch entsprechend gewürdigt werden soll, das ist meine Ansicht dazu und deshalb auch mein Antrag in diese Richtung.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, Herrn GRM. a.D. Georg Gutbrunner für seine langjährige und äußerst engagierte Arbeit als Mitglied des Gemeinderates zum Wohle der Pfarrkirchner Bevölkerung der Ehrenring der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall verliehen wird.

TOP 5) Sanierung der Wilhelm-Fein-Straße – Auftragsvergabe;

Der Bürgermeister berichtet:

Entsprechend dem Straßenbauprogramm VI wurden die straßenbaulichen Sanierungsmaßnahmen für die Wilhelm-Fein-Straße vom Büro Spirk&Partner, DI Haslinger, Steyr im Verhandlungsverfahren ausgeschrieben. Die Anbote sind am 09.02.2009 beim Büro Spirk&Partner eingelangt und wurden im Gemeindeamt geöffnet. (siehe Anboteröffnungsprotokoll v. 09.02.2009). Das Verhandlungsverfahren wurde am 12.02.2009 durchgeführt und die eingeladenen Firmenvertreter haben entsprechend dem verfassten Bieterprotokoll Nachlässe gewährt.

Das Verhandlungsverfahren brachte nachstehendes Ergebnis:

Firma	Anbot/netto	Nachlass %	Endsumme/netto
Alpine Bau, Linz	€ 120.924,12	3	€ 117.296,40
Swietelsky, Linz	€ 122.419,00	2,5	€ 119.358,53
Lang u. Menhofer, Linz	€ 127.335,56	3	€ 123.515,49
Allg. Straßenbau, Linz	€ 132.977,25	3,5	€ 128.323,05
Ages-Bau, Amstetten	€ 140.641,01	5	€ 133.608,96

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die straßenbaulichen Sanierungsarbeiten für die Wilhelm-Fein-Straße entsprechend dem Ergebnis des Verhandlungsverfahrens an die Fa.

Alpine Bau, Linz, vergeben werden. Die Kosten betragen lt. Anbotsumme minus 3% Nachlass € 117.296,40 excl. MWSt.

GVM. Günter Werner:

Die ÖVP-Fraktion wird dem Antrag auf Staubfreimachung und der Vergabe der Arbeiten an die Fa. Alpine Bau zum Wohle der Bewohner der Wilhelm-Fein-Str. zustimmen.

Wir weisen aber darauf hin, dass die Bestimmungen des Österr. Vergabegesetzes wieder nicht genau eingehalten werden, weil wir ja über den Betrag von € 80.000 liegen.

Das Vergabeverfahren ist nicht richtig gemacht worden.

Dazu gibt es noch 2 Fragen an den Straßenausschussobmann GVM. Prihoda:

Soll der Oberflächenkanal der sich beim Haus Iraschek befindet, noch vor der Asphaltierung im Bereich der Straße gelegt bzw. verlängert werden. Wenn ja, sind die Kosten in der Ausschreibung enthalten.

Die zweite Frage geht an Herrn Vbgm. Jungwirth als Obmann des Kanalausschusses.

Gibt es ein Projekt dazu und hierfür eine wasserrechtliche Bewilligung.

Oder müssen wir dann, wenn die Straße geteert ist, diese wieder aufreißen?

Bgm. Plaimer:

Darf ich die Fragen, die an die beiden Herren gestellt wurden, selbst beantworten, da ich in der Sache Oberflächenentwässerung selbst aktiv beteiligt bin und war. Wir haben im Gemeinderat beschlossen eine Ableitung durchzuführen und ein „50er-Rohr“ heruntergelegt in die bestehende Ableitung hinein. Wenn wir – und das werden wir mit dem Straßenbautechniker noch besprechen – vorsorglich noch ein Rohr durchlegen, ich sehe im Moment keine Veranlassung, dass man eine Anbindung an den Sulzbach durchführt, weil es funktioniert in den letzten Tagen des Wassers anstandslos.

Eine wasserrechtliche Bewilligung ist für dieses Projekt schwer zu erhalten. Man braucht die Anrainer dazu und ich habe damals, wie wir das Rohr verlegt haben, mit der heutigen Frau Bezirkshauptfrau gesprochen. Nachdem auch der jetzige Kanal wasserrechtlich nicht verhandelt ist, möge man schauen, dass man das in Ruhe über die Bühne bringt. Es könnte sein, dass man den bestehenden auch weggeben muss. Man weiß es nicht, aber es könnte durchaus sein, wenn er einer Bewilligung unterliegt. Das ist das Problem mit älteren Ableitungen, die in vielfacher Form vorhanden sind. Da muss man schauen, dass man einen ordentlichen Modus findet, wie man da halbwegs zurecht kommt.

In der anderen Sache Ausschreibung Spirk & Partner. Ich habe Auftrag gegeben, eine Ausschreibung vorzunehmen, die problemlos funktioniert. Wir zahlen für diese Maßnahmen, diese Ausschreibungen und Verhandlungen auch entsprechendes Geld und ich gehe davon aus, dass es ein gängiges Verfahren ist und es zu keinen Problemen kommen soll und darf und wenn, dann gibt es einen Verantwortlichen und das sind nicht wir.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass die straßenbaulichen Sanierungsarbeiten für die Wilhelm-Fein-Straße entsprechend dem Ergebnis des Verhandlungsverfahrens an die Fa. Alpine Bau, Linz, vergeben werden. Die Kosten betragen lt. Anbotsumme minus 3% Nachlass € 117.296,40 excl. MWSt.

TOP 6) Subventionen 2009;

Der Bürgermeister berichtet:

Mit 1. Jänner 2002 ist die neue Gemeindeordnungsnovelle 2002 in Kraft getreten, nach der nunmehr

vom Gemeindevorstand Subventionen bis 0,05 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes, das sind für 2007 aktuell € 1.325,35 vom Gemeindevorstand genehmigt werden können.

Das heißt, dass vom Gemeinderat nur mehr die Subventionen über der festgelegten Höchstgrenze bewilligt werden müssen.

Nachstehende Subventionen sind daher vom Gemeinderat zu genehmigen:

Paracelsus Forschung	1.600,-- €
Musikkapelle Pfarrkirchen	3.000,-- €
Kurverwaltung Bad Hall	2.000,-- €

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge oben angeführte Subventionen für das Jahr 2009 bewilligen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Die oben angeführten Subventionen für das Jahr 2009 gelten daher als genehmigt.

TOP 7) Ansuchen um Beitrag aus der Fassadenaktion (Eder);

Herr Eder hat die Fassade des Gasthofes Lamplhub saniert und diesbezügliche Rechnungen über Malerfarben in Höhe von € 4.272,11 vorgelegt.

Entsprechend den Richtlinien kommen als Förderungsobjekt Bauten und Bauteile in Betracht, die für das charakteristische Gepräge des Gemeindebildes von Bedeutung sind und vor dem Jahr 1960 errichtet wurden. Bei Bauernhäusern kann nur der Wohntrakt in die Fassadenaktion einbezogen werden.

Dieser Richtlinie zufolge wäre zu klären, ob das Gasthaus Lamplhub für das charakteristische Gepräge des Gemeindebildes von Bedeutung ist. Aufgrund der Verwendung kann von einem Bauernhaus nicht mehr gesprochen werden.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge beschließen, dass Herrn Franz Eder (Gasthaus Lamplhub) für die Färbelung der Fassade eine finanzielle Unterstützung aus der Fassadenaktion in Höhe von € 363,36 (Höchstbeitrag) gewährt werden soll.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Als beschlossen gilt daher, dass Herrn Franz Eder (Gasthaus Lamplhub) für die Färbelung der Fassade eine finanzielle Unterstützung aus der Fassadenaktion in Höhe von € 363,36 (Höchstbeitrag) gewährt wird.

TOP 8) Personalangelegenheiten; Änderung des Dienstpostenplanes (Beschäftigungsausmaß Buchhaltung u. sonst. Bedienstete (Busbegleitperson))

Der Bürgermeister berichtet:

Durch den Übertritt von Frau Helga Klausner in die Pension ist es notwendig geworden, dass das Beschäftigungsausmaß im rechtskräftigen Dienstpostenplan von 80 % auf 100 % für den für die Buchhaltung vorgesehenen Dienstposten GD 17 (VB.I Claudia Zeitlinger) erhöht wird.

Ebenso ist es notwendig, die Stelle für die Kindergartenbus-Begleitperson im Dienstpostenplan entsprechend auszuweisen.

Der neue Dienstpostenplan der Gemeinde stellt sich nun wie folgt dar:

Allgemeine Verwaltung:

	<u>neue Einreichungsverordnung:</u>
1 B II-VI (Amtsleiter)	1 GD 11
1 C I-IV (N2-Laufbahn, Bauwesen)	1 GD 16
1 VB.I/c (Buchhaltung,	1 GD 17
1 VB.I/d (70 % Teilzeitbeschäftigung)	1 GD 18 0,7 PE
1 VB.I/d (87,5 % Teilzeitbeschäftigung)	1 GD 20 0,875 PE

Vertragsbedienstete in handwerklicher Verwendung:

	<u>neue Einreichungsverordnung:</u>
1 VB. II/p2 (Schulwart)	1 GD 21 1,0 PE
1 VB. II/p3 (Bauhofmitarbeiter)	1 GD 21 1,0 PE
1 VB.II/p4 (Bauhofmitarbeiter)	1 GD 23 1,0 PE
1 VB.II/p5 (50 % Teilzeitbeschäftigung)	1 GD 25 0,5 PE
1 VB.II/p5 (25 % Teilzeitbeschäftigung)	1 GD 25 0,375 PE

Sonstige Bedienstete

Busbegleitperson (geringfügig beschäftigt mit ca. 10 Wochenstunden)

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge den Dienstpostenplan in der vorliegenden Form genehmigen.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen. Der Dienstpostenplan wird in der vorliegenden Form beschlossen.

TOP 9) Oberflächenentwässerung Felberbauernberg - Antrag gem. § 46 Abs. 2 OÖ. GemO 1990;

Bgm. Plaimer übergibt an GVM. Mayrhofer zur Berichterstattung das Wort.

Dieser führt aus:

Namens der ÖVP-Fraktion stelle ich den Antrag, dass die Oberflächenentwässerung für den Felberbauernberg (vorbeugender Hochwasserschutz) noch heuer errichtet wird.

Die Finanzierung für das Hochwasserschutzprojekt können wir uns so vorstellen, dass der Oberflächenwasserkanal für das Gemeinde- und Friedhoffeld um ein Jahr verschoben wird.

Begründung:

Die Bewohner des Felberbauernberges leben in ständiger Angst vor neuerlichen Überschwemmungen und Vermurrungen, während am Friedhoffeld und Gemeindefeld noch keinerlei Bautätigkeit stattfindet.

Wir geben zu bedenken, dass für uns die Bewohner der Kaipstraße oberste Priorität haben müssen, und die Realisierung der Oberflächenwasserkanals für das Friedhof- und Gemeindefeld bis spätestens Ende 2013 erfolgen muss.

Da der Wasserverband für die Gemeinde den Oberflächenwasserkanal für das Gemeinde- und Friedhoffeld errichtet, müsste es auch möglich sein, dass die Oberflächenentwässerung für den Felberbauernberg in der selben Form abgewickelt wird.

Dieser Antrag wird von Bgm. Plaimer zur Diskussion gestellt.

Bgm. Plaimer erklärt:

Aus meiner Sicht – und ich hab dir meinen Standpunkt beim Gespräch am Montag auch mitgeteilt – sind es zwei Dinge. Wir haben für das Projekt Friedhoffeld und Gemeindefeld wasserrechtlich verhandelte Projekte. Diese Projekte sind umsetzungsreif. Die Ausschreibungen durch den Wasserverband sind erfolgt. Aufgrund unseres Gemeinderatsbeschlusses wurden die Agenden zur Durchführung dem Wasserverband übertragen. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt. In Zeiten in denen wir uns jetzt befinden, wirtschaftlich gesehen, ist es auch von öffentlicher Seite her gewünscht, Projekte die fertig sind, durchzuführen und in die Umsetzung zu bringen.

Nichtsdestotrotz und ich glaube, dass in unserem Hause 25 Personen einer Meinung sind, ist es notwendig und höchste Priorität, die Oberflächenentwässerung Kaipstraße voranzutreiben, voranzubringen. Wir sind einen guten Schritt vorwärts gekommen in Verhandlungen – und GVM. Mayrhofer war ja dabei, mit dem Stift Kremsmünster und der Fam. Mayrbäurl betreffend dem Projekt. Ich habe gestern das Schreiben von P. Gotthard Niedrist gekriegt, der uns die Fläche, die wir brauchen zum Pachten anbietet, seitens des Stiftes Kremsmünster. Jetzt wird es auch Entscheidungen geben, damit wir einen Vertrag mit dem Stift Kremsmünster abschließen können, den wir halt entschädigen müssen. Der Entschädigungsbetrag wird 0,34 € pro m² und Jahr vorgeschlagen. Für die ganze Fläche beträgt das ca. S 10.000,- (700 €). Das ist der zweite Aspekt.

Auf der anderen Seite habe ich diese Woche mit dem Chef der Wohnungsgenossenschaft Eigenheim gesprochen, wann mit den bauverhandelten Bauten, die am Gemeindefeld entstehen, begonnen wird. Er hat mir mitgeteilt bzw. geht von einem Baubeginn Mai 2009 aus. Das heißt aber auch, dass wir bis dahin die Kanalisation so weit bringen müssen, dass die Häuser dann auch angeschlossen werden können. Da gibt es eine Linie durch.

Ich bin aber bei dir, dass das Projekt Kaipstraße – Felberbauernberg Priorität 1 hat.

Die beiden Projekte hängen aber nicht zusammen, es sind zwei eigenständige Projekte.

Dort haben wir verhandelte Projekte, da sind wir noch nicht so weit, weil wir die wasserrechtliche Bewilligung noch nicht haben und ich habe auch in dieser Woche versucht, mit den Beamten der OÖ. Landesregierung auszuloten, wie schaut es aus mit Förderungen für den Bereich Kaipstraße. Eine Dame hat mich schließlich zurückgerufen und gesagt: Herr Bürgermeister, ich habe das in die Hand genommen und ich werde klären, wer dafür zuständig ist und wie die weitere Vorgangsweise sein wird. Mittlerweise weiß ich dass der Herr Steiner dafür zuständig ist. In der nächsten Woche werde ich in einem Telefonat ausloten, welche Fördermöglichkeiten es gibt. Bevor wir mit der wasserrechtlichen Bewilligung so weit sind. Wenn wir diese haben, können wir sofort einreichen und es wird Hand in Hand und was wir dann noch brauchen werden ist eine Vorfinanzierungsgenehmigung, die in diesem Fall nicht wirklich ein Problem sein wird.

GRM NR Dipl.-Ing. Deimek:

Zum deutlicherem Verständnis:

Der Antrag der ÖVP-Fraktion ist ja grundsätzlich von der Intention her nicht dumm und

nachzuvollziehen. Der Status des Friedhoffeldes ist mir jetzt klar.

Wann kann das Projekt Felberbauernberg baufertig sein, wenn man wirklich mit dem Bau beginnen könnte. Ist es zu diesem Zeitpunkt auch dann schon gefördert und wie schaut es mit den Mitteln aus, wenn wir heuer noch mit dem Bau beginnen könnten bzw. würde es sich mit den Mitteln gemeinsam mit dem zweiten Projekt ausgeben?

Bgm. Plaimer:

Das zweite Projekt Gemeindefeld – Friedhoffeld wurde dem Wasserverband übertragen, das wird fremdfinanziert.

GRM. Nr. Dipl.-Ing. Deimek:

Damit trifft uns das nicht.

Bgm. Plaimer:

Ich kann jetzt nicht vorhersehen, dass wäre Kaffeesudlesen, wann die Wasserrechtsbehörde verhandelt. Das hängt ursächlich mit der Behörde zusammen. Ich denke wir machen das Projekt jetzt fertig, jetzt haben wir die Zustimmung des Stiftes Kremsmünster da, jetzt müssen wir noch die Vereinbarung unterschreiben und den Vertrag schließen, dann schicken wir das ganze zur Wasserrechtsbehörde zur Verhandlung. Die beiden Projekte, ich sage der Keller, d.h. Weissenbrunner II, das auch fertig ist und Oberflächenentwässerung Felberbauernberg kommen zusammen, werden gemeinsam verhandelt und sobald wir dann ein Ergebnis haben, schauen wir, dass wir mit dem Bau beginnen können. Aber ich kann den Zeithorizont nicht abschätzen. Das weiß ich nicht, das wäre unseriös, weil ich es einfach nicht sagen kann.

Ob diese Angelegenheit die Bezirkshauptmannschaft oder das Land verhandelt.

Wenn es die Bezirkshauptmannschaft verhandelt könnte es relativ rasch gehen. Da würden wir uns ein bisschen leichter tun, weil man die handelnden Personen kennt.

Mein Bekenntnis dazu ist klar. Alles daranzusetzen, rasch die Bewilligung zu erhalten und sobald sie da ist mit der Umsetzungsplanung und der Bearbeitung zu beginnen.

Vielleicht braucht man bei der Umsetzung noch den Gemeinderat, kann auch sein. Wenn wir mit dem Faktor Zeit nicht zusammen kommen, wenn man bedenkt, eigentlich haben wir im Juli die letzte Sitzung, dann wird es eine Wahlbewegung geben bis zum 27. Sept.

Es kann auch durchaus sein, dass wir uns im Aug. oder Anfang Sept. zu einer Sondersitzung zusammenfinden müssen, um die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Ich denke, es hindert uns nichts daran, es ist vernünftig und im Sinne der Menschen die dort wohnen.

GVM. Prihoda:

Ich habe da ein Problem. Heuer noch, ja aber nur mit dem Rest des Antrag kann ich nichts anfangen, der passt da einfach nicht dazu.

GVM. Mayrhofer:

Ich habe auch ein Problem, und zwar wie ist es mit dem Gemeinde- und Friedhoffeld, da haben wir jetzt einen anderen Aufteilungsschlüssel. Dafür haben wir aber keinen Gemeinderatsbeschluss. Ich weiß nicht wie das jetzt aussieht mit dem neuen Aufteilungsschlüssel zwischen der Gemeinde und Herrn Stockinger. Da wurde etwas geändert ohne Gemeinderatsbeschluss.

Folge dessen, weiß ich nicht, ob wir damit anfangen können.

Bgm. Plaimer:

Darüber reden wir nächste Woche. Da weißt du mehr als ich.

Wie gehen wir weiter vor, GVM. Mayrhofer, schauen wir, dass wir den zweiten Teil in die Abstimmung bringen. Aufgrund der gehörten Wortmeldungen sind wir alle dafür, dass

mit der Umsetzung Oberflächenentwässerung Felberbauernberg so rasch wie möglich begonnen wird.

Nur mit dem ersten Teil haben wir unsere Probleme.

GVM. Mayrhofer:

Nur der erste Teil ist uns so wichtig, es fällt niemanden ein Stein aus der Krone, wenn wir die Kaipstraße beschließen und das zweite schaut du noch.

Unser Antrag heißt:

Namens der ÖVP-Fraktion stelle ich den Antrag, dass die Oberflächenentwässerung Felberbauernberg noch heuer errichtet wird.

Bgm. Plaimer: Mit dem Zusatz „bei Vorlage aller rechtlichen Bewilligungen“.

GVM. Mayrhofer:

Wir wollen jetzt Druck dahinter setzen, weil seit 2002 besteht dieses Problem und daher ist es uns schon sehr wichtig, dass heuer begonnen wird.

Bgm. Plaimer:

Ich werde keinen Antrag beschließen, wo nicht drinnen steht, dass man rechtliche Bewilligungen braucht. Ich lasse mich nicht prügeln, wenn die Behörden nicht entscheiden. Wir bemühen uns, die Bewilligungen raschest herbei zu führen, nur ich kann sie nicht beeinflussen, wenn sie nicht sagen, wann wird das passieren. Man weiß nicht bei Verhandlungen, gibt es Einsprüche oder Dinge, die noch nicht klar sind. Das kann ich nicht beurteilen und nicht beantworten, damit ist es für mich nicht die 100%ige Sicherheit, dass das errichtet wird. Weil es aus meiner Sicht unseriös wäre, die Behörden so zu interpretieren. Ob es noch heuer ist, weiß ich nicht. Wir wissen es alle nicht, wir bemühen uns. Wenn es nun nicht funktioniert aus rechtlichen Gründen, lasse ich mich dann nicht prügeln, denn da gibt es klare Verantwortlichkeiten. Ich unterstütze den Antrag gerne mit dem Zusatz, dass die notwendigen behördlichen Genehmigungen vorliegen müssen.

GVM. Mayrhofer:

Beim Friedhof- und Gemeindefeld ist das innerhalb einer Woche gegangen und daher muss auch da etwas weitergehen und wenn die Behörden wissen, da gibt es einen Gemeinderatsbeschluss, dann werden sie uns auch unterstützen.

Ich sehe das als machbar und darum können wir alle zu diesem Antrag stehen. Wenn es zu Problemen mit der Behörde kommen, kann man ja eh nichts machen, daher ist der Antrag so wie er ist von allen mitzutragen.

GVM. Prihoda:

Dann kann man nur das eine machen, wir stellen den Gegenantrag mit Zusatz. Das ist das Meine.

Bgm. Plaimer:

Damit gibt es 2 Anträge, die inhaltlich gleich lauten mit dem Zusatz, die Oberflächeentwässerung am Felberbauernberg umzusetzen, nach Vorlage der entsprechenden Bewilligungen.

Beschluss:

Der Antrag von GVM. Prihoda wird mit 14 Stimmen angenommen. Die ÖVP-Fraktion enthält sich der Stimme.

Als beschlossen gilt daher, dass die Oberflächenentwässerung für den Felberbauernberg (vorbeugender Hochwasserschutz) noch heuer errichtet wird, wenn die entsprechenden Bewilligungen vorliegen.

TOP 10) Einschau in die Gemeindegebarung – Prüfbericht;

GRM. Walter Striegl als Obmann des örtl. Prüfungsausschusses berichtet, dass dem Prüfungsausschuss der bis zur heutigen Sitzung vertrauliche Kurzbericht in seiner Sitzung vom 17.2.2009 zur Kenntnis gebracht wurde.

Ein diesbezüglicher Beschluss wurde dazu nicht gefasst.

Der Kurzbericht über die Einschau in die Gemeindegebarung durch die BH Steyr-Land wird von Bgm. Plaimer vollinhaltlich verlesen.

Antrag:

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge diesen Prüfbericht (Kurzbericht) zur Kenntnis nehmen.

Wortmeldung von GVM. Ing. Gruber:

Ich möchte mich zuerst, bei dir Walter Striegl, bedanken bei deinem gesamten Ausschussteam für die saubere Arbeit im Prüfungsausschuss.

Meine geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat!

Ein ganz spezielles Thema wie wir gehört haben ist das Therapiezentrum. Das Therapiezentrum ein Fall der verspielten Chancen oder schärfer formuliert, ein Wirtschaftsskandal in Pfarrkirchen, der sich gewaschen hat. Egal, welche Formulierung man verwendet, es ist ein nicht mehr reparabler Schaden für die Gemeinde entstanden und dies durch den Verzicht auf Kanalgebühreneinnahmen von geschätzten € 30.000 pro Jahr und durch den Verzicht auf die Einmaleinnahme von ca. € 100.000 (Kanalanschlussgebühr minus Ausgaben für den Kanalanschluss) zugunsten unserer Nachbargemeinde Bad Hall.

Als Steuer zahlender Pfarrkirchner Bürger frage ich mich wie konnte dieses Schlammassel passieren, nach welchen Kalkulationskriterien wurde hier geplant, welche Mandatare, Fraktionen im Gemeinderat tragen dafür die Verantwortung, welche Konsequenzen werden daraus gezogen und was sind die Auswirkungen für die Pfarrkirchner Bevölkerung auf Zukunft gesehen.

Als Gemeinderat sehe ich hier das Ergebnis aus einer jahrelangen Ausgrenzungspolitik gegenüber der ÖVP, einer in Frage gestellten kompetenten Wirtschaftspolitik der SPÖ und der FPÖ, einen Alleingang der SPÖ-Führung bei den Verhandlungen und einem anscheinend blinden Vertrauen der FPÖ zur SPÖ.

Wir wurden bei den zwei entscheidenden Gemeinderatssitzungen im Jahre 2007 von der SPÖ und FPÖ überstimmt, obwohl wir mehrmals bei diesem Thema auf die Verluste an Einnahmen für unsere Gemeinde hingewiesen haben.

Daher:

Chance verspielt und dies alles am Rücken unserer Pfarrkirchner Steuerzahler.

GRM. NR Dipl.-Ing. Gerhard Deimek:

Der Bericht liest sich ja mit wenigen Ausnahmen von Passagen recht angenehm. Da sind wir wesentlich angenehmer als beispielsweise der von Bad Hall und anderen größeren Gemeinden im Bezirk. Dort hagelt es ganz kräftig und zwar durchgehend durch das ganze Werk

Da haben wir lediglich ein paar Passagen über die man sehr bewusst und sehr gezielt diskutieren kann.

Ich möchte einmal damit beginnen mit einer allgemeinen Feststellung. Richtig ist, wenn der Prüfer sagt, wir sind eine strukturschwache Gemeinde, wir sind Strukturhilfeempfänger und man wird daher die Verantwortlichen von Land und Bund daran messen müssen, ob ihre politischen Sonntagsreden in den Aussagen, dass das Land leben muss auch insofern stimmt, dass Gemeinden wie Pfarrkirchen die notwendigen Strukturmittel auch weiter erhalten. Ein weiterer Punkt ist der, dass über weite Passagen immer wieder angeführt wird, dass an und für sich im Großen und Ganzen was vor allem die Darlehensaufnahme und die Verschuldung der Gemeinde anlangt, sehr maßvoll und wirtschaftlich gehandelt wird. Denn wenn man sieht der Landesdurchschnitt bzw. Bezirksdurchschnitt 1631 € und wir haben inklusive der Wasserverbandsschulden 1229 € pro Einwohner. da sind wir noch immer in einem Bereich, den sich andere Gemeinden wünschen würden. Sehr wichtig und interessant finde ich in diesem Zusammenhang die Aufforderung des Prüfers außerordentliche Vorhaben nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zu machen und vor allem keine neuerlichen Darlehensaufnahmen als Finanzierungsform zu nehmen. Davon rät er ausdrücklich ab, weil sich das in einem zusätzlichen Schuldendienst niederschlagen wird.

Dann kommen wir zum Punkt Therapiezentrum:

Der Prüfer hat sich meiner Ansicht nach, unserer Ansicht nach als Fraktion, die Unterlagen durchgelesen, er hat sich entweder aber nicht alles durchgelesen oder er ist aus welchen Gründen immer dies der Fall ist er nicht auf alles eingegangen. Er sagt einmal.

Verzicht auf den Anschluss eines Therapiezentrums an den gemeindeeigenen Kanals konnte unsererseits unter dem Aspekt einer sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Haushaltsführung nicht nachvollzogen werden, auch wenn die Absicht des Beschlussfassenden Organs durchaus gewürdigt wurde.

Das heißt aber. Er hat es sich durchgelesen, aber genau diese Diskussionen die im Gemeinderatsitzungen waren, und vor allem die Hinweise, die gegeben wurden die konkret gegeben wurden, hat er sich anscheinend nicht durchgelesen oder er würdigt sie nicht entsprechend und dort setze ich dann an.

Was hat ein Prüfer zu würdigen, was hat er nicht zu würdigen. Er sagt dann weiter: Außerdem ist das Beschlussfassende Organ fälschlicherweise davon ausgegangen, dass die Gemeinde Pfarrkirchen nur mit rund einem Drittel an den Einnahmen an den Anschlussgebühren und Benützungsgebühren beteiligt worden wäre. Tatsächlich wären ihr die Gebühren in vollem Ausmaß zugestanden.

Der Prüfer mag in dem Punkt Recht haben und über das will ich nicht streiten, ein Drittel hin oder her. Selbst wenn das Gesamte wie er sagt schlagend wird, habe ich nämlich andere Zahlen als der Prüfer das ganze berücksichtigt und in diesem Zusammenhang bitte die Frage an dich, Herbert, ob du das gesamte Zahlenwerk, die gesamte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung hier öffentlich vielleicht klar stellen kannst, ich weiß nicht ob du es kannst, ich habe die Zahlen dazu, aber möglicherweise du auch.

Dass heißt aber in Summe, wenn wir berücksichtigen, dass z.B. gesagt wurde, dass das Projekt gewinnträchtig ist und in der ursprünglichen Gemeinderatssitzung von Seiten des Bürgermeisters darauf hingewiesen wurde, dass es nicht gewinnträchtig ist erstens und zweitens noch gar nicht eine entsprechende Gebührenherabsetzung durch den Heimträger beantragt wurde und daher noch nicht in die Liste der Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung hinein genommen werden kann, dann lehnt sich meiner Meinung nach der Prüfer in diesem Fall ganz gewaltig aus dem Fenster hinaus. Er prüft nämlich nicht sachlich, sondern er gibt eine politische Stellungnahme ab.

Da kommen wir gerade in die Frage der ÖVP, wer hat dafür die Verantwortung?

Wie schaut es wirklich aus? Die ÖVP hat das ganze beantwortet mit dem Argument, das haben die SPÖ und die FPÖ zu verantworten. Ja, ich stehe dazu, für die FPÖ. Ich stehe dazu, dass wir die Entscheidungen so getroffen haben, denn sie sind auch im Nachgang richtig.

Gleichzeitig sage ich aber, und da wird einmal der Herr Prüfer in die Ziehung kommen, wir haben schon einmal gesehen, dass der Herr nicht alle Gesetze vollständig kann, dass hat uns schon einmal einen wirtschaftlichen Schaden zugefügt, und jetzt kommt derselbe Prüfer noch einmal und trifft politische Aussagen. Und das geht über den Rahmen hinaus. Und daher ersuche ich den Gemeinderat, diesen Prüfbericht auf diesen Punkt hin nicht zur Kenntnis zu nehmen und wir werden uns überlegen, je nachdem wie das Ganze nun dann aussieht, ob wir nicht sogar ein entsprechendes Verfahren gegen den Prüfer einleiten.

Bgm. Plaimer:

Gut, danke für die Wortmeldung.

Ich möchte dazu einige Bemerkungen anbringen. Über die Sache Therapiezentrum haben wir uns in zwei Sitzungen sehr ausführlich unterhalten.

Wir haben es nicht zusammengebracht zu einem gemeinsamen Standpunkt. Okay.

Es hat Entscheidungen gegeben. Ich habe sehr lange mit dem Prüfer ein Gespräch geführt, ich schätze den Prüfer sehr, wir haben viele Dinge auch besprochen, hauptsächlich aber auch das Therapiezentrum. Ich gehe mit dem Prüfbericht, da steht eine Ziffer drinnen mit 41.000 € als Angebotssumme, für die Errichtung des Kanals. Die Ziffern gehen in Richtung 80.000 € die tatsächliche Kosten waren. Gesamtaufschließung über darüber kann man diskutieren eigentlich will ich mich darüber nicht genauer einlassen – werden in etwa 350.000 € sein, was die gesamte Infrastruktur für dieses Projekt beinhaltet. Ich habe aber auch im Rahmen meiner Verpflichtung dem Land Oberösterreich gegenüber Stellungnahmen abzugeben und der Amtsleiter hat schon etwas vorbereitet und wir werden das in den nächsten Tagen und Wochen soweit bringen, dass wir das dem Land Oberösterreich mitteilen können. Innerhalb von 3 Monaten, das ist der Faktor Zeit, aber ich möchte das sehr rasch wegbringen. Ich bin aber auch dafür und habe das auch dem Gemeindeprüfer gesagt, dass Prüfungen und Einschauberichte notwendig sind.

Ob man mit den Schlussfolgerungen des Prüforgans immer in Übereinstimmung stehen muss, ja das ist wieder ein anderes Thema.

Ich habe mich diese Woche – es war eine Feuerwehrversammlung der Bezirksfeuerwehr – und ihr werdet euch alle erinnern der Landesrechnungshof hat auch die Feuerwehren geprüft. Ich weiß nicht, es war keine Feuerwehrverantwortlicher mit dem Prüfergebnis einverstanden. Der Bundesrechnungshof prüft auch und es sind nicht immer alle damit einverstanden.

Ich nehme den Prüfbericht ernst, ich nehme ihn zur Kenntnis aber auch nicht mehr. Wir werden die kursiv geschriebenen Wünsche zur Umsetzung bringen, damit hat es sich.

GRM. NR Dipl.-Ing. Deimek: Wir werden den Prüfbericht nicht zur Kenntnis nehmen.

GVM. Mayrhofer:

Ich habe noch eine kleine Wortmeldung zur Ausführung von Herrn NR Deimek. Er sagt, wir sind mit der Schuldenlast pro Einwohner relativ unten. Da muss ich schon sagen, dass zu bedenken ist wenn man den Durchschnitt hernimmt. Schulden sind nicht gleich Schulden. Für den einen sind € 10.000 nicht abzahlbar und ein anderer zahlt 10.000 € in einem Monat ab, das muss man klar auseinander halten, dass Schulden nicht gleich Schulden sind. Eine finanz- und strukturschwache Gemeinde tut sich mit dieser Verschuldung auch nicht leicht. Das möchte ich nur dazu sagen zu deinen Bemerkungen zu den Schulden und wie gut wir dastehen.

GRM. NR Dipl.-Ing. Deimek dazu: Da gibt es den Hinweis, keine neuen Schulden mehr aufnehmen.

Bgm. Plaimer fragt, was haben wir in den letzten 6 Jahren an Schulden aufgenommen?
Ein sehr bescheidenes Maß, sehr bescheidene Mittel das möchte ich dazu gesagt haben.

GVM. Prihoda erklärt, dass wir für das Kanalprojekt Thereapiezentrum Schulden hätten aufnehmen müssen.

GVM. Mayrhofer erklärt, dass er immer noch glaubt, dass das Projekt für Pfarrkirchen etwas gebracht hätte. Da kann man rechnen wie man will, ich sehe das sicherlich anders. Wir haben das in 2 Gemeinderatssitzungen ausführlich beraten und diskutiert.

Bgm. Plaimer erklärt, dass sich jeder ein 2-€-Münze vorstellen kann. Jede Medaille hat 2 Seiten.

Beschluss:

Der Antrag des Bürgermeisters wird mit 23 Stimmen angenommen. Dagegen stimmte die FPÖ-Fraktion. Der Prüfbericht über die Einschau in die Gemeindegebarung durch die BH Steyr-Land wird zur Kenntnis genommen.

TOP 10) Allfälliges.

- a) Bgm. Plaimer berichtet über die heutige Besprechung betreffend Oberflächenentwässerung Felberbauernberg mit den betroffenen Grundbesitzern bzw. Grundpächtern (Stift Kremsmünster u. Fam. Mayrbäurl)
- b) Der Bürgermeister verliest vollinhaltlich den Prüfbericht über den Voranschlag 2009 der Gemeinde Pfarrkirchen bei Bad Hall. (Schreiben vom 16. Feb. 2009)
- c) Bgm. Plaimer bringt dem Gemeinderat das Schreiben des Amtes der o.ö. Landesregierung vom 26.2.2009 betreffend die Entwicklung der Gemeindeertragsanteile im Jahr 2009 zur Kenntnis.
- d) Der Bürgermeister bringt das Schreiben von Bgm. Haider aus Maria Neustift betreffend der kameradschaftlichen und unentgeltlichen Hilfeleistung der FF Pfarrkirchen bei der Schneekatastrophe 2009 (Abräumen von Schnee von den Dächern) zur Kenntnis.

Der Bürgermeister stellt fest, dass gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 11. Dez. 2008 keine Erinnerungen eingebracht wurden. Er erklärt sie daher für genehmigt und schließt die Sitzung.